

V

(Bekanntmachungen)

GERICHTSVERFAHREN

GERICHTSHOF

Vorabentscheidungsersuchen des Najvyšší súd Slovenskej republiky (Slowakische Republik), eingereicht am 21. Oktober 2010 — Tanoarch s.r.o./Daňové riaditeľstvo Slovenskej republiky

(Rechtssache C-504/10)

(2011/C 46/02)

Verfahrenssprache: Slowakisch

Vorlegendes Gericht

Najvyšší súd Slovenskej republiky

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: Tanoarch s.r.o.

Beklagter: Daňové riaditeľstvo Slovenskej republiky

Vorlagefragen

1. Ist mit Art. 2 Abs. 1 der Sechsten Richtlinie 77/388/EWG⁽¹⁾ des Rates vom 17. Mai 1977 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern — Gemeinsames Mehrwertsteuersystem: einheitliche steuerpflichtige Bemessungsgrundlage eine Bestimmung vereinbar, wonach ein Steuerpflichtiger von der Steuer, die er zu entrichten hat, die Steuer für Gegenstände und Dienstleistungen, die er für die Zwecke seines Unternehmens als Steuerpflichtiger verwendet, abziehen kann, sofern die Steuer gegen ihn von einem anderen Steuerpflichtigen im Inland für ihm gelieferte oder zu liefernde Gegenstände und Dienstleistungen geltend gemacht wird, wenn die Klägerin als Mitmelderin einer Erfindung, für die noch kein Patent erteilt wurde, bereits ex lege ein Recht hat, die Erfindung selbstständig zu nutzen, die Gegenstand des Patents insgesamt ist?
2. Lässt die Sechste Richtlinie eine Auslegung dahin gehend zu, dass ein bereits bestehendes gesetzliches Recht des Steuerpflichtigen zur selbständigen Nutzung des Patents die rechtliche Unmöglichkeit bewirkt, die Dienstleistung zur Lieferung von Gegenständen und Dienstleistungen als Steuerpflichtiger

zu verwenden, und dass es dadurch zu einem rechtlichen Verbrauch der erworbenen Dienstleistung kommt?

3. Hat auch der Umstand, dass im vorliegenden Fall die Erfindung noch nicht als Patent registriert ist und nur Anteile übertragen werden, Einfluss auf den Missbrauch des Rechts des Steuerpflichtigen auf Vorsteuerabzug im Sinne des Urteils des Gerichtshofs vom 21. Februar 2006, Halifax plc u. a. (C-255/06, Slg. 2006, I-1609)?

⁽¹⁾ ABl. L 145, S. 1.

Rechtsmittel, eingelegt am 22. November 2010 von Stichting Al-Aqsa gegen das Urteil des Gerichts (Siebte Kammer) vom 9. September 2010 in der Rechtssache T-348/07, Al-Aqsa/Rat der Europäischen Union

(Rechtssache C-539/10 P)

(2011/C 46/03)

Verfahrenssprache: Niederländisch

Verfahrensbeteiligte

Rechtsmittelführerin: Stichting Al-Aqsa (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte A. M. van Eik und M. J. G. Uiterwaal)

Andere Verfahrensbeteiligte: Rat der Europäischen Union, Königreich der Niederlande, Europäische Kommission

Anträge

Die Rechtsmittelführerin beantragt,

- das Urteil des Gerichts vom 9. September 2010 in der Rechtssache T-348/07 aufzuheben, soweit gegen die Gründe dieses Urteils von der Rechtsmittelführerin Rechtsmittelgründe und Argumente vorgetragen werden, und den Rechtsstreit neu zu entscheiden, indem den im erstinstanzlichen Verfahren gestellten Anträgen mit einer Verbesserung der Gründe, auf der das angefochtene Urteil beruht, stattgegeben wird;